Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 2 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 174 — Mittwoch, 28. Juli 1937 — 45. Jahrgang

Schwere Zwischenfälle in Nordirland

Anschläge auf Eisenbahnbrücke und Zollhäuser an der Grenze — Japanische Truppen besetzen die wichtigsten Orte in der Umgebung Peipings

Schutz der deutschen Nahrungsfreiheit

Die neue grundlegende Verordnung zur Sicherung des Brotgetreidebedarfs

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Juli

Die neue Verordnung zur Sicherung des Brotgetreidebedarfs leitet eine grundlegend neue Etappe der deutschen Getreidewirtschaft und Ernährungspolitik ein. Sie bestimmt im wesentlichen, daß alles Brotgetreide, mit Ausnahme des eigenen Bedarfs für Brotnahrung, Deputate und Aussaat, vom Erzeuger zur Sicherung der deutschen Brotversorgung abzuliefern ist. Die Verfütterung von Brotgetreide ist grundsätzlich nicht erlaubt. Die Verordnung ist ein nationalpolitisches Ereignis erster Ordnung. Mit der Wirtschaftsführung nach nationalsozialistischen Grundsätzen ganz allgemein, mit dem Vierjahresplan im besonderen ist der deutschen Landwirtschaft eine entscheidende Aufgabe zugefallen: die Sicherung der Ernährung. Dabei ist der Begriff Ernährung in weitestem Umfang zu verstehen als Ernährung durch Brot, Fett und Fleisch, was wiederum die Fütterung des Viehes in sich schließt, das uns mit Fetten und Fleisch beliefert.

Das deutsche Bauerntum wurde, damit es alle Kräfte an diese Aufgabe wenden konnte, aus der rein preiswirtschaftlichen Zweckbestimmung der Wirtschaftsführung gelöst. Angebaut wird, was zur Sicherung der Ernährung notwendig ist, nicht, was gerade den höchsten Erlös bringt. Das nationalsozialistische Deutschland hat der Landwirtschaft bestimmte Forderungen gestellt; die Landwirtschaft hat aber auch, um diese Forderungen erfüllen zu können, besonderen Schutz erhalten.

*

Erbhofgesetz und Marktordnung haben es dem Bauerntum möglich gemacht, die Arbeit allein darauf einzustellen, daß das große Ziel, die Sicherung unsrer Ernährung aus eigener Kraft, erreicht wird. Marktordnung und Erzeugungsschlacht sind die Mittel, die das Bauerntum befähigen, ungestört auf dem Wege zu diesem Ziel fortzuschreiten und diesem Ziel immer näher zu kommen. Mit der Marktordnung und den Richtlinien zur Erzeugungsschlacht sind natürlich nur die Voraussetzungen und Grundsätze für dieses Werk gegeben. Zu seiner Ausfüllung und Vollendung war und ist der gute Wille nötig, die Voraussetzungen zu nutzen und die Mittel anzuwenden. Wir wissen, zumal durch die Erfolge der Erzeugungsschlacht, daß dieser gute Wille im Bauerntum lebt. Das Bauerntum hat sich mit ganzer Kraft und mit ungebrochener Produktionsfreudigkeit hinter die Maßnahmen gestellt, die weisend, regelnd und begrenzend in alle Bezirke der landwirtschaftlichen Arbeit eingriffen.

Die neue Verordnung ist eine Regelung von großer, ja entscheidender und umwälzender Bedeutung. Die Verfügung über den wichtigsten Teil der Ernte nehmen künftig die zuständigen Reichsstellen allein in ihre Hand. Alles Brotgetreide, aller Roggen und aller Weizen, muß abgeliefert werden. Der Bauer behält nur zurück, was er zu seiner und seiner Familie Nahrung, für die Ernährung seiner Helfer und für die Saat braucht. Brotgetreide und Erzeugnisse aus Brotgetreide dürfen nicht mehr verfüttert werden. Das Brot und damit das Ursprungserzeugnis, das Brotgetreide, sind Grundlage der menschlichen Ernährung. Die erste Sorge ist also, das notwendige Brotgetreide sicherzustellen. Das heißt nicht allein, die Mengen sicherzustellen, die im Jahr überhaupt verbraucht werden. Die Sicherstellung ist auch davon abhängig, daß in jedem Monat und in jeder Woche des Jahres so viel vorhanden ist, wie gebraucht wird. Die Erntetermine ändern sich mit dem Wetter des Jahres. Die Zeit zwischen zwei Ernten ist einmal kürzer, einmal länger. Um die Versorgung des deutschen Volkes mit Brot zu jedem Zeitpunkt zu sichern, ist es daher notwendig, von den Uebergangszeiten und ihren Schwankungen unabhängig zu werden. Es gilt, Getreidepolitik nicht für ein Jahr, sondern auf lange Sicht zu treiben. Dieser Absicht dient die neue Verordnung ebenfalls. Ihr Ziel, für die Dauer ist, Deutschland auch unabhängig zu machen von den Unterschieden im Ausfall der Ernten, um gerüstet zu sein, wenn auf gute oder mittlere Ernten einmal eine ausgesprochen schlechte Ernte folgen sollte.

*

Getreidepolitik auf lange Sicht, stetige, unbedingte Sicherung der Versorgung mit Brot: das sind Forderungen, die sich so zwangsläufig und selbstverständlich aus der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung ergeben, daß die Maßnahmen, mit denen diese Forderungen jetzt erfüllt werden sollen, nicht überraschen können. Es sind keine Agi- und keine Behelfsmaßnahmen. Sie sind für die Dauer bestimmt und verwirklichen ein Prinzip. Die Maßnahmen werden jetzt eingeführt, nachdem im Laufe der ersten vier Jahre nationalsozialistischer Agrarpolitik eine Reihe notwendiger Voraussetzungen für dieses Unternehmen geschaffen war.

Die beauftragten Stellen des Reichsnährstandes nehmen das Brotgetreide in ihre Hand. Der Bauer darf sein Vieh nicht mit Brotgetreide füttern. Aber auch Fleisch, Fett und Eier, Erzeugnisse, die wir durch das Vieh erhalten, sind wesentliche Bestandteile der menschlichen Ernährung. Auch sie müssen ausreichend vorhanden sein. Das heißt, das Brotgetreide, das bisher zur Viehfütterung verwendet wurde, muß durch andre Futtermittel ersetzt werden. Die Vermehrung der Erzeugung von Futtermitteln und Oelsaaten ist eines der Hauptziele der Erzeugungsschlacht von Anbeginn. Weit mehr Anbaufläche als vordem wird für sie verwandt. Man hat den Zwischenfruchtbau gefördert. Schließlich sind Zuckerrüben — in Form von Schnitzeln — und Kartoffeln — auch in Form von Flocken — in höherem Umfang für die Viehfütterung zur Verfügung gestellt worden. 1933 wurden, um nur ein Beispiel zu geben, 120 000 Tonnen Zuckerrübenschnitzel verfüttert, 1936 schon 400 000 Tonnen, und dieses Jahr werden es mehr als 600 000 Tonnen sein.

*

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß ein Teil des Brotgetreides, der in Zukunft nicht mehr zur Fütterung verwendet werden darf, durch die Steigerung der inländischen Erzeugung von Futtermitteln abzulösen ist. Daneben werden Mais (der billiger als Brotgetreide eingeführt werden kann) und Gerste als Viehfutter zur Verfügung gestellt, die eingeführt werden. Es ist klar, daß auf diesem Gebiet alles getan wird, was möglich ist. Die Reichsregierung ist um die Beschickung des Marktes mit Fleisch, Fetten und Eiern ebenso besorgt wie um die Sicherstellung des täglichen Brotes. Inhalt und Ziel unsrer Ernährungspolitik haben sich mit der neuen Verordnung nicht gewandelt.

Die Verordnung fordert ohne Zweifel von den Bauern Umstellungen, zumal von der Bauernschaft in den Gebieten, in denen bisher viel Roggen und Weizen verfüttert wurde. Die Aufgabe, auf einem geringeren Raum als 1914 eine weit größere Bevölkerung zu ernähren, bringt nun einmal Schwierigkeiten mit sich. Erzeugungsschlacht und Vierjahresplan sind ja Unternehmen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, die uns durch unsre allgemeine Lage auferlegt sind. Das Bauerntum wird auch in diesem Fall seine Pflicht für die Gesamtheit tun. Es ist nicht nur eine schwere, sondern auch eine stolze Aufgabe, deren Lösung in seiner Hand liegt.

K. B.

(Wortlaut der Verordnung im Wirtschaftsteil)

Englische Würdigung der deutschen Maßnahme

× **London, 28. Juli**

Die Londoner Presse veröffentlicht ausführliche Berichte über die deutsche Verordnung zur Sicherung des Brotgetreidebedarfs.

„Daily Telegraph" schreibt u. a., Deutschland wolle sich in vier Jahren frei vom Ausland machen. Wesentlich dabei sei eine hundertprozentige Ausnutzung der Versorgungsmöglichkeiten im eigenen Lande. Angesichts der Tatsache, daß der Verbrauch der Städte an Lebensmitteln gegenüber der Erzeugung der Landwirtschaft ständig steige, hätten die Deutschen, um einen Ausgleich herbeizuführen, mit ihren außerordentlichen organisatorischen Fähigkeiten die Sicherung des Brotgetreidebedarfs gesetzlich geregelt. Die neue Brotgetreidebewirtschaftung sei eine vorausschauende Maßnahme, die sowohl den wirtschaftlichen als auch den finanziellen Umständen entspreche.

„Daily Expreß" erklärt, Deutschland mobilisiere in diesem Jahre Getreide und Korn, um das Brot der Nation sicherzustellen. Man werde schreien, daß es sich um eine neue Kriegsmaßnahme handele. Das sei sie auch, aber ein Krieg gegen den Winter. Die Devisenlage zwänge das Reich, Deutschland so selbständig als möglich zu machen. Daher bebaue Deutschland sein Land und sorge dafür, daß Saatgut vorhanden ist. Obgleich man in England keine Devisenschwierigkeiten habe, sollte man doch das gleiche tun. Statt dessen habe der englische Landwirtschaftsminister zugeben müssen, daß seit 1931 in England 76 000 Landarbeiter in die Städte abgewandert sind. England werde dafür noch zahlen müssen.

Demonstration gegen Königsbesuch

Umfassende Sicherheitsmaßnahmen beim Empfang König Georgs in Belfast

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Belfast, 28. Juli. (Durch United Preß)

Offenbar als Demonstration gegen den Besuch des englischen Königspaares in Belfast haben heute nacht bewaffnete Trupps aus dem irischen Freistaat in größtem Stil Sabotageakte an der Grenze zwischen Süd- und Nordirland durchgeführt. Die Eisenbahnbrücke bei Dunlack wurde durch eine Sprengung schwer beschädigt, so daß der Verkehr zwischen dem Norden und dem Süden Irlands stark behindert wurde. Offensichtlich wollen die Saboteure den Strom der Besucher aufhalten, die aus dem Freistaat Irland nach Belfast fahren, um das Königspaar zu sehen. Gleichzeitig wurden zahlreiche Anschläge auf Zollstationen auf beiden Seiten der Grenze zwischen Süd- und Nordirland verübt. Trupps von Bewaffneten drangen in die Zollhäuser ein, vertrieben die Zollbeamten und steckten die Zollgebäude in Brand, nachdem sie die Holzteile mit Benzin übergossen hatten, oder sprengten sie in die Luft.

In Killeen (Grafschaft Fermanagh) wurde eine Polizeipatrouille von einem Trupp Bewaffneter gezwungen, tatenlos zuzusehen, wie die Saboteure die Zollstationen auf beiden Seiten der Grenze in die Luft sprengten und in Brand setzten. Am Morgen früh ordnete die Polizei eine umfassende Razzia in den Grenzbezirken an. Man sieht in den Anschlägen eine wohl vorbereitete Demonstration extremistischer irischer Republikaner gegen das Königspaar und die britische Monarchie.

Genaue Untersuchungen haben ergeben, daß die Beschädigungen an der Brücke bei Dunlack infolge der Sprengung durch irische Saboteure sehr erheblich sind. Die Wiederherstellung der Brücke wird voraussichtlich geraume Zeit in Anspruch nehmen. Bis dahin muß der gesamte Verkehr auf dieser wichtigen Strecke, die den Süden mit dem Norden der Insel verbindet, umgeleitet werden. Indem fürchtet man, daß auf andre Eisenbahnbrücken ähnliche Anschläge verübt werden könnten. Daher werden gegenwärtig alle Eisenbahnanlagen an der Grenze aufs sorgfältigste untersucht. Auch die Telefon- und Telegraphenverbindungen zwischen Nord- und Südirland sind durch verschiedene Sabotageakte beschädigt worden.

Aus Belfast wird berichtet, daß den dortigen Behörden Gerüchte über einen geplanten Anschlag republikanischer Elemente anläßlich des Königsbesuches zu Ohren gekommen sind. In den Gefängnissen von Belfast sind besondere Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden, um politische Unruhen zu verhindern.

Als das Königspaar am Mittwochvormittag auf der königlichen Jacht „Victoria and Albert" von Schottland kommend in Begleitung von zwei Kreuzern und einer Zerstörerflottille in Belfast eintraf, wurde es von einer großen Menschenmenge begrüßt. Polizei und Militär hatten jedoch weitgehende Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Auf den Hausdächern in den Straßen, durch die sich das Königspaar bewegte, waren bewaffnete Polizisten aufgestellt.

Gerüchte, die von einem Anschlag auf das englische Königspaar in Belfast wissen wollen, sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Tatsache ist lediglich, daß zu der Zeit, als sich der König in der Stadthalle befand, einen halben Kilometer entfernt sich eine Gasexplosion in einem Warenlager ereignete.

Kämpfe rings um Peiping

Heute mittag läuft die befristete Forderung der Japaner auf Durchführung der vereinbarten Räumung der von chinesischen Truppen besetzten Zone im Raume von Peiping ab, nachdem schon gestern verschiedene Fristen für den Beginn dieses Rückzugs zu Ende gegangen waren. Die chinesischen Truppen haben die vereinbarte Räumung nicht begonnen; infolgedessen hat der japanische Angriff eingesetzt. Entgegen dem amtlichen Bericht der japanischen Botschaft hat General Sung die japanischen Vorschläge nicht angenommen. Welches diplomatische Spiel dieser Ablehnung vorausgegangen ist, läßt sich natürlich im Augenblick nicht sagen. Die Japaner sind im Recht mit den Forderungen, denn die chinesischen Behörden in Peiping hatten in den vergangenen Wochen sich zur Räumung der von den Truppen besetzten Zone ausdrücklich bereit erklärt.

Formal handelt es sich immer noch um einen rein örtlichen Konflikt zwischen der Führung der japanischen Kwantungarmee und den örtlichen Vertretern Chinas in Peiping. Dieser Unterschied hat nach europäischen Begriffen wenig Bedeutung, ist aber im Fernen Osten wichtig. Denn er eröffnet die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen, wenn die japanischen Forderungen in Nordchina durchgesetzt sind. Man darf nie vergessen, welch große Rolle es im Fernen Osten spielt, daß niemand „sein Gesicht verliert". Solange Nanking und Tokio nicht selbst an den Verhandlungen beteiligt sind, kann keine der beiden Regierungen im äußersten Falle einen Prestigeverlust erleiden.

Trotzdem ist die Lage sehr gespannt, da hinter der chinesischen Regierung stark fanatisierte Massen stehen, unter denen Sowjetagenten an der Arbeit sind, während auf der andern Seite in Japan die Unzufriedenheit mit der hinhaltenden Taktik der Chinesen wächst.

Die bisherigen meist aus amerikanischen Quellen stammenden Berichte über die Kampfhandlungen rings um Peiping sind nicht allzu aufschlußreich. Es wird zwar viel von schweren und verlustreichen Gefechten gesprochen, doch darf man diese Angaben nur mit äußerster Zurückhaltung aufnehmen, wie zum Beispiel schon daraus hervorgeht, daß bei den angeblich so heftigen Nachtgefechten am Chang-Pi-men-Tor die Japaner nur zwei Tote und eine Handvoll Verletzte gehabt haben.

Die japanischen Operationen im Gange

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Tientsin, 28. Juli. (Durch United Preß)

Die Kämpfe zwischen chinesischen und japanischen Truppen westlich und südöstlich von Peiping haben nach einem amtlichen chinesischen Bericht in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch ernste Ausmaße angenommen. Gleichzeitig wird aus Tientsin gemeldet, daß der japanische Oberst Matsui den nordchinesischen Oberbefehlshaber Sung Tsche-yuan davon in Kenntnis gesetzt habe, daß die japanische Armee im Hinblick auf die Nichterfüllung des japanischen Ultimatums durch China sich gezwungen sehe, die Erfüllung der japanischen Forderungen mit Gewalt zu erzwingen.

Die japanische Armee hat ihre Operationen gegen die chinesischen Streitkräfte in der Peipinggzone heute früh im größten Stile fortgesetzt. Ihr Ziel ist offensichtlich, durch Besetzung aller wichtigen Punkte im Umkreis die Stadt Peiping in die Hand zu bekommen, ohne sie selbst anzugreifen.

Sechs Ortschaften rings um Peiping wurden heute morgen fast gleichzeitig von starken Abteilungen japanischer Infanterie, unterstützt durch Kampf- und Bombenflugzeuge, angegriffen: die Ortschaften Papaoshan, Siaotangshan, Hsingkung, Nanyuan, Shiyuan und Hsiaohotshen. Die Kämpfe, die sehr verlustreich gewesen sein sollen, da die Chinesen zähen Widerstand leisteten, dauern an einzelnen Stellen zur Zeit noch an. Im allgemeinen endeten sie mit dem Rückzug der Chinesen.

Am heftigsten wurde um das im Norden gelegene Hsiaohotshen gekämpft, das von Angehörigen der 37. chinesischen Division verteidigt wird. Starke Abteilungen dieser Division sollen sich noch immer in gut